

N

NACHRICHTEN

Kommentar

Weiterbildung für Amherd

von Andrea Masüger



Amtsvorgänger Guy Parmelin hat Viola Amherd im Regen stehen gelassen. Als er sich Ende letzten Jahres ins Wirtschaftsdepartement verabschiedete, hinterliess er im Verteidigungsdepartement viele offene Geschäfte. Unter anderem die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und die Installation einer bodengestützten Luftabwehr. Beides wollte er zusammen in einem Paket ins Parlament bringen mit der Option eines späteren Volksentscheids.

Bundesrätin Amherd, die Anfang Jahr wohl etwas am Berg stand, verschaffte sich Luft, indem sie zusätzliche Expertenmeinungen einholte. Wenig überraschend hat nun der Luftfahrtfachmann Claude Nicollier die Empfehlung abgegeben, das Paket aufzuschnüren. Die Flugzeugbeschaffung soll von derjenigen der Flugabwehrraketen abgekoppelt und in einen referendumfähigen Beschluss gekleidet werden. Damit könnte das Volk dereinst über die Beschaffung der Flieger abstimmen, dies aber in Form eines Grundsatzentscheids ohne konkreten Flugzeugtyp. Damit liesse sich ein zweites Gripen-Debakel vermeiden. Die weniger bestrittene Luftabwehr könnte das Parlament so quasi nebenbei beschliessen.

Man muss kein ehemaligen Astronaut sein, um auf diese Idee zu kommen. Bereits in der Vernehmlassung zeichnete sich ab, dass ein Gesamtpaket im Parlament aus taktischen Gründen kaum Chancen hat. Auch der zweite Expertenbefund von Finanzfachmann Kurt Grüter zu den Gegengeschäften beim Flugzeugkauf erstaunt niemanden: Man weiss seit Langem, dass der Zwang für das Lieferland, in der Schweiz andere Industriegüter zu bestellen, den Kauf insgesamt verteuert. So sollen diese sogenannten Offset-Geschäfte nun reduziert und auf den Rüstungsbereich beschränkt werden.

Die neue Verteidigungsministerin weiss damit das, was man ohnehin schon wissen konnte. Diese Zusatzberichte sind deshalb eher im Lichte einer klugen Taktik zu sehen. Amherd wollte vor allem Zeit gewinnen und sich absichern. Mit diesen Expertenmeinungen wird sie es im Bundesrat und im Parlament leichter haben, weil sie als Greenhorn nicht nur selber argumentieren muss, sondern auf die Meinung unabhängiger Dritter verweisen kann. **Bericht rechts**

INSERAT



Nicollier empfiehlt, Jets und Raketen zu trennen

Das Volk soll über den Kauf von Kampffjets abstimmen können, nicht aber über die Flugabwehr. Das empfiehlt der ehemalige Astronaut und Militärpilot Claude Nicollier. Bundesrätin Viola Amherd scheint nicht abgeneigt, das Paket ihres Vorgängers Guy Parmelin wieder aufzuschnüren.

von Max Mohn

Derzeit plant der Bundesrat, dem Parlament den Kauf von neuen Kampfflugzeugen und von Boden-Luft-Raketen für insgesamt acht Milliarden Franken als Paket vorzulegen. Über dieses soll auch das Volk abstimmen können. Doch Claude Nicollier, der im Auftrag von Verteidigungsministerin Viola Amherds eine Zweitmeinung zum Grundlagenbericht «Luftverteidigung der Zukunft» abgegeben hatte, hält dieses Vorgehen für falsch.

In seiner gestern veröffentlichten Analyse empfiehlt der ehemalige Astronaut und Militärpilot einen Planungsbeschluss, der nur das Kampfflugzeug betrifft. Es sei nicht sinnvoll, die politische Auseinandersetzung mit einem weiteren Waffensystem zu belasten. Diese betreffe nur das Flugzeug und werde wohl auch diesmal mehr emotional als sachlich geführt werden, schreibt Nicollier.

So hatten sich in der Vernehmlassung auch die FDP und Amherds CVP geäussert. Vor den Bundeshausmedien hielt sich die Verteidigungsministerin zwar an die Gepflogenheiten und verriet nicht, welchen Antrag sie dem Bundesrat stellen will. Dass sie über einen Kurswechsel nachdenkt, verhehlte sie aber nicht: «Ich werde dem Bundesrat eine Lösung vorschlagen, die den Empfehlungen so weit wie möglich entgegenkommt», sagte sie.

Deckung für Kurswechsel

Der Bericht des hochgeachteten Raumfahrers Nicollier dürfte Amherd die nötige Legitimation für den Schwenker liefern. Dieser bestätigt den Bundesrat grundsätzlich in seinem Vorgehen. Nicollier lobt die Qualität des Berichts «Luftverteidigung der Zukunft», der als Grundlage für die Beschaffungspläne dient, und empfiehlt, diesen offiziell zur Doktrin für den weiteren Prozess zu machen.

Damit hätten auch die Diskussionen über Varianten ein Ende, sagte Nicollier. Zu den Flugzeugtypen, die derzeit evaluiert werden, äusserte er sich nicht. Aber zur Flottengrösse: Nicollier bevorzugt die im Bericht skizzierte Variante 2, für die 40 Kampfflugzeuge erforderlich sind. Darauf liess sich Am-

herd nicht festlegen. Die Flottengrösse sei abhängig vom gewählten Flugzeugtyp und dem Luftverteidigungssystem, betonte sie.

Thema Gegengeschäfte

Amherd hatte das milliarden-schwere Geschäft von ihrem Amtsvorgänger Guy Parmelin (SVP) geerbt. Unbesehen wollte sie die Vorarbeiten nicht übernehmen, weshalb sie neben Nicolliers Zweitmeinung noch weitere Berichte in Auftrag gab. Im zweiten Bericht analysierte der ehemalige Direktor der Eidgenössischen Finanzkont-

rolle, Kurt Grüter, die Kompensationsgeschäfte (Offsets). Auch er stellt die bisherige Haltung des Bundesrats infrage. Dieser will das Beschaffungsvolumen von acht Milliarden Franken zu 100 Prozent durch Gegengeschäfte kompensieren. Rund 20 Prozent entfallen voraussichtlich auf direkte Offsets, also Aufträge an Schweizer Firmen im Zusammenhang mit den neuen Kampffjets. Dagegen hat Grüter keine Einwände. Für problematisch hält er jedoch die Kompensation der übrigen 80 Prozent, denn Offset-Geschäfte verteuern die Beschaffung. Die Schätzungen liegen laut Grüter zwischen zwei und 20 Prozent. Weiter gibt es Risiken wie Korruption bei der Vermittlung oder eine grosszügig gehandhabte Anrechenbarkeit. Schliesslich dürften mit Offset-Geschäften weder Industriepolitik betrieben noch versteckte Subventionen ausgerichtet werden, sagte Grüter.

Seiner Meinung nach soll daher ausschliesslich die Schweizer Rüstungsindustrie mit Gegengeschäften gestärkt werden. Diese könne rund 40 Prozent des Volumens absorbieren. Grüter empfiehlt dem Bundesrat daher, das Ziel der vollständigen Kompensation fallen zu

lassen und diese auf direkte Offsets und Gegengeschäfte zur Stärkung der sicherheitsrelevanten Industriebasis zu fokussieren.

Bedrohung nimmt zu

Ein dritter Bericht ist im VBS selber entstanden. Sicherheitspolitik-Chefin Pálvi Pulli untersucht darin die Entwicklung der Sicherheitslage seit den ersten Grundsatzentscheidungen zum Kampffjet-Kauf. Die Aussagen von damals seien weiterhin gültig, sagte Pulli. «Der Handlungsdruck hat sich sogar etwas verstärkt». Als Beispiele für eine negative Entwicklung nennt sie die Machtverschiebung nach Osten, die zunehmende Bereitschaft zum Einsatz von Machtmitteln oder die Kündigung des Vertrags über nukleare Mittelstreckenraketen.

Mit diesen Empfehlungen und Erkenntnissen im Rücken will Amherd dem Bundesrat in den nächsten Wochen konkrete Vorschläge unterbreiten. Eine allfällige Referendumsabstimmung könnte in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 stattfinden. Der Typenentscheid soll nach bisherigem Fahrplan spätestens Anfang 2021 stattfinden. Die ersten Flugzeuge sollen 2025 ausgeliefert werden.

«Ich werde dem Bundesrat eine Lösung vorschlagen, die den Empfehlungen so weit wie möglich entgegenkommt.»

Viola Amherd
Bundesrätin



Gestern in Bern: Die Experten Kurt Grüter und Claude Nicollier sowie Pálvi Pulli, Chefin Sicherheitspolitik VBS, und Bundesrätin Viola Amherd (von links) informieren über die Zusatzberichte.

Bild Peter Klauzner / Keystone

Zwei Menschen sterben in der Schweiz an Masern

Die Masern haben dieses Jahr in der Schweiz zu zwei Todesfällen geführt. Das teilte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern mit. Beim ersten Fall handelt es sich um einen 30-jährigen ungeimpften Mann, der von Angehörigen angesteckt wurde. 67 Stunden nach der Exposition wurde er nachgeimpft. Diese Impfung kam jedoch zu spät. Er erkrankte trotzdem an Masern und verstarb kurz nach dem Auftreten der ersten Symptome zu Hause. Beim zweiten Fall handelt es sich um einen

70-Jährigen, der wegen Krebs immunsupprimiert war. Wie sich der Mann mit Masern angesteckt hat, ist noch nicht bekannt. Er verstarb trotz Intensivpflege im Spital.

Angesichts der beiden Todesfälle weist das BAG erneut darauf hin, dass die Masernimpfung empfohlen wird. Das Bundesamt stellt einen Wiederanstieg der Fälle fest: In der Schweiz wurden bis Mitte April 138 Masernfälle verzeichnet, über siebenmal mehr als in derselben Periode des Vorjahres (19 Fälle). (sda)

Bundesrat prüft neue Autonummern

Eine vor Kurzem lancierte Volksinitiative fordert, dass Autofahrerinnen und Autofahrer ihr Fahrzeug im Ausland nicht mehr mit einem CH-Kleber versehen müssen. Das «CH» soll ins Nummernschild integriert werden.

Der Bundesrat will das nun prüfen. Zwar erfülle der CH-Kleber seinen Zweck, schreibt der Bundesrat in seiner gestern veröffentlichten Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss von FDP-Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell Ausserrhoden. Allerdings

stehe die Schweiz bei den Kontrollschildern ohnehin vor einer Herausforderung: In manchen Kantonen sei der Vorrat an Nummern, die man mit sechs Ziffern bilden könne, bald erschöpft. Eine Neugestaltung der Kontrollschilder werde dann unumgänglich.

In diesem Rahmen will der Bundesrat neben weiteren Optimierungen auch den Ersatz des CH-Klebers durch die Integration des Landeszeichens ins Kontrollschild prüfen. Ein verbindlicher Zeitplan liege aber nicht vor. (sda)